
850/J XXIV. GP

Eingelangt am 11.02.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Walser, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur

betreffend demokratiefeindliche Einstellung eines Teils der islamischen ReligionslehrerInnen

Die Dissertation „Der Islamische Religionsunterricht zwischen Integration und Parallelgesellschaft“ von Dr. Mouhanad Khorchide hat in Österreich für großes Aufsehen gesorgt. Die Zahlen, wonach knapp 22 % der befragten islamischen ReligionslehrerInnen Demokratie und islamischen Glauben für nicht vereinbar halten, ist erschreckend. Menschenrechte, Demokratie und Toleranz sind das Fundament des friedlichen Zusammenlebens der Menschen in Österreich und Grundlage für den Erfolg des europäischen Projekts.

In einer ersten Reaktion auf die Veröffentlichung der Studie kündigen Sie einen umfassenden Tätigkeitsbericht über die Arbeit der acht FachinspektorInnen für den islamischen Religionsunterricht an. Dieser sollte bis 12. Februar Ihrem Ministerium vorgelegt worden sein.

Ebenfalls angekündigt wird in der Presseaussendung des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur vom 27. Jänner 2009 eine Aussprache mit dem Studienautor Dr. Mouhanad Khorchide und dem Vorstand des Instituts für Islamische Religionspädagogik Prof. Dr. Ednan Aslan.

Die Islamische Glaubensgemeinschaft verdeutlicht auf ihrer Homepage www.derislam.at die Ziele des islamischen Religionsunterrichtes unter anderem mit den Sätzen: „Eintreten für Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen“, „Integration durch Partizipation“, „Bewusstmachung der Kompatibilität einer islamischen Lebensweise mit dem Gefühl der Zugehörigkeit zu Österreich und Europa“ und „Betonung des islamischen Weges der Mitte“. Als zuständige Ministerin sollten Sie daher auch mit dem Präsident der islamischen Glaubensgemeinschaft Dr. Anas Schakfeh und dem Integrations Sprecher Omar Al-Rawi Gespräche führen, wie diese Ziele der Islamischen Glaubensgemeinschaft besser umgesetzt werden können.

Schon lange gibt es Diskussionen über die gesetzlichen Grundlagen und die Kontrollmöglichkeiten über die Ausbildung und Tätigkeit konfessioneller ReligionspädagogInnen. Zuletzt war in erster Linie die Frage des Kopftuchtragens in Schulen Thema des öffentlichen Diskurses. Aber auch der Konflikt Ethikunterricht versus konfessioneller Religionsunterricht reißt nicht ab. Das Religionsunterrichtsgesetz stellt die Basis des konfessionellen Religionsunterrichtes an öffentlichen Schulen dar und sichert dessen Unabhängigkeit von staatlichen Einflüssen.

Die Ausbildung islamischer ReligionspädagogInnen findet derzeit für PflichtschullehrerInnen an der islamischen Religionspädagogischen Akademie, für BundeslehrerInnen am Institut für Islamische Religionspädagogik statt. Im Zuge der Umwandlung der pädagogischen Akademien in Hochschulen gab es Bestrebungen, die Islamische Religionspädagogische Akademie in die Private Kirchliche Religionspädagogische Hochschule zu integrieren. Dort hätten dann zukünftige ReligionspädagogInnen nicht nur der christlichen, sondern auch der islamischen Konfession gemeinsam ihre Ausbildung erhalten. Der Austausch zwischen den StudentInnen, überkonfessionelle Unterrichtsangebote und Forschungsarbeiten hätten zu einer Verbesserung des Zusammenlebens der Religionen und Kulturen beitragen können. Auf Grund von Problemen bei der Erstellung und Einreichung von Curricula wurde das Projekt jedoch nicht verwirklicht.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche Ergebnisse brachte der Tätigkeitsbericht über die Arbeit der FachinspektorInnen für den islamischen Religionsunterricht? Bitte um Beifügung des Tätigkeitsberichtes im Wortlaut.
2. Welche Erkenntnisse über die Ergebnisse der Dissertation „Der Islamische Religionsunterricht zwischen Integration und Parallelgesellschaft“ hinaus brachte Ihr Gespräch mit dem Studienautor Dr. Khochide und Prof. Aslan? Bitte um Beifügung des Gesprächsprotokolls.
3. Haben Sie auch ein Gespräch mit VertreterInnen der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, namentlich mit Dr. Anas Schakfeh und Omar Al-Rawi bzw. deren StellvertreterInnen, geführt?
 - a) Wenn ja, welche Erkenntnisse haben Sie aus diesem Gespräch gewonnen? Bitte um Befügung des Gesprächsprotokolls.
 - b) Wenn nein, planen Sie ein solches Gespräch zu führen? Wenn nein, warum nicht?
4. Planen Sie eine Reform der rechtlichen Grundlagen des konfessionellen Religionsunterrichtes in Österreich?
 - a) Wenn ja, mit welchen Zielen?
 - b) Wenn nein, warum nicht?

5. Wird neben der Arbeit der FachinspektorInnen für islamische Religionspädagogik auch die Tätigkeit der FachinspektorInnen für den Religionsunterricht anderer Konfessionen überprüft?
 - a) Wenn ja, in welchem Zeitraum?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
6. Planen Sie eine eigene Studie über die persönliche, ethisch-moralische und politische Einstellung der konfessionellen ReligionspädagogInnen in Auftrag zu geben? Wenn ja, in welchem Zeitraum?
7. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie setzen, um rasch sicherzustellen, dass Menschenrechte, Demokratie und Toleranz im Schulunterricht garantiert vermittelt werden?
8. Ist aus Ihrer Sicht das derzeit gültige Religionsunterrichtsgesetz als Basis für den Religionsunterricht ausreichend?